

thegrayzone.com

UK steps up war on whistleblower journalism with new National Security Act - The Grayzone

Kit Klarenberg

25–30 Minuten

Nach einem repressiven neuen Gesetz könnten britische Staatsangehörige ins Gefängnis kommen, weil sie die nationale Sicherheitslinie Londons untergraben. Das Gesetz soll WikiLeaks und andere zerstören, die Kriegsverbrechen aufdecken, ist eine direkte Bedrohung für den kritischen Journalismus der nationalen Sicherheit.

Es war der Nachmittag des 17. Mai 2023 und ich war [gerade](#) am Londoner Flughafen Luton . Ich war auf dem Weg in die Stadt meiner Geburt, um meine Familie zu besuchen. Vor der Landung wies der Pilot alle Passagiere an, ihre Pässe sofort nach dem Aussteigen aus dem Flugzeug zur Inspektion bereit zu stellen. Gerade dann bemerkte ich, dass eine sechsköpfige Truppe mit steingesichtigen Zivilkleidung britische Anti-Terror-Offiziere auf dem Asphalt wartete und intensiv die Ausweisdokumente aller

Reisenden studierte.

Sobald die Polizei mich identifiziert hatte, wurde mir befohlen, sie ohne Erklärung in das Flughafenterminal zu begleiten. Dort wurde ich zwei Beamten vorgestellt, deren Namen ich nicht lernen konnte, die sich anschließend mit unscheinbaren Anrufen aufeinander bezogen. Ich wurde eingeladen, digital durchsucht zu werden und einem Verhör ausgesetzt zu werden, in dem ich kein Recht auf Schweigen hatte, kein Recht, mich zu weigern, Fragen zu beantworten, und kein Recht, Pin-Nummern für meine digitalen Geräte oder SIM-Karten zurückzuhalten. Wenn ich irgendwelche Rechte auf Privatsphäre geltend gemacht habe, wurde ich verhaftet und bis zu 48 Stunden in Polizeigewahrsam.

Ich entschied mich, mich zu fügen. Und so war es, dass ich in den nächsten fünf Stunden mit ein paar anonymen Anti-Terror-Cops in einem luftlosen, fensterlosen, quälend heißen Hinterzimmer saß. Sie haben mich mit Fingerabdrücken versehen, invasive DNA-Abstriche genommen und jeden erdenklichen Aspekt meines Privat- und Berufslebens, meiner Freundschafts- und Familienbeziehungen und meines Bildungshintergrunds untersucht. Sie wollten wissen, warum ich die Dinge schreibe, sage und denke, die Dinge, die ich tue, die Einzelheiten, wie ich für meinen investigativen Journalismus bezahlt werde und auf welches Bankkonto.

Ich war nach dem britischen Anti-Terror- und Grenzsicherheitsgesetz von 2019 inhaftiert worden, das die UNO als drakonisch und repressiv hat. Nach seinen Befugnissen in Anhang 3 kann jeder, im Namen einer fremden Macht britisches Territorium, das der „feindlichen Tätigkeit“ verdächtigt wird, festgenommen, für sechs Stunden verhört und den Inhalt seiner

digitalen Geräte beschlagnahmt und gespeichert werden.

"Feindliche Handlungen" sind definiert als jedes Verhalten, das für die "nationale Sicherheit" Großbritanniens oder sein "wirtschaftliches Wohlergehen" als Bedrohung angesehen wird.

Noch beunruhigender ist, dass Schedule 3 verhörlos ist. Unter [ihren Bedingungen](#) "ist es unerheblich, ob eine Person sich bewusst ist, dass Aktivität, in der sie tätig ist oder engagiert wurde, feindliche Tätigkeit ist, oder ob ein Staat, für den oder für welchen Namen, oder in dessen Interesse eine feindliche Handlung durchgeführt wird, die Durchführung der Handlung angestiftet, sanktioniert oder anderweitig bekannt ist." Es muss eine ziemlich ausgeklügelte Verschwörung sein, wenn Verschwörer nicht einmal wissen, dass sie sich verschwören.

Es stellte sich heraus, dass der britische Staat fälschlicherweise glaubte, dass die Grayzone eine Beziehung zu Russlands berüchtigtem FSB-Sicherheitsdienst hatte. Sie stützten ihre Annahme nicht auf irgendwelche Beweise, sondern auf unser Händchen für die Produktion von sachlich investigativem Journalismus auf der Grundlage von Dokumenten, die an dieses Outlet anonym über Burner-E-Mail-Konten weitergegeben wurden. Solche Aktivitäten sind gängige Praxis für westliche Medien, Menschenrechtsgruppen und viel verehrte "Open-Source" - Investigativ-Outfits [wie die von der US-Regierung gesponserte Bellingcat](#). Wenn ich und der Rest von The Grayzone einen Fehler gemacht haben, war es bei der Veröffentlichung von Material, das der nationale Sicherheitsstaat der USA und Großbritanniens nicht öffentlich will.

Jetzt hebt die britische Regierung ihren Krieg gegen den investigativen Journalismus durch ihren wenig bekannten National

Security Act auf eine neue Ebene. Nach diesem Gesetz haben sich die Behörden in London die Befugnis erteilt, alle britischen Bürger, die sie wünschen, aus ähnlich verhungslosen Gründen zu überwachen, zu belästigen und letztendlich einzusperren. Dissidenten jedes Streifens müssen sich jetzt Sorgen machen, dass alles, was sie tun oder sagen, sie für lange Haftstrafen im Gefängnis landen könnte, nur weil sie Londons starre nationale Sicherheitslinie nicht eingehalten haben.

Zu den Top-Lobbyisten für diese autoritären Maßnahmen gehört Paul Mason, der prominente Journalist, der sich als Führer der britischen Linken ausgab, bis The Grayzone ihn als Sicherheitsstaatsmitarbeiter entlarvte, der die Antikriegsbewegung von innen heraus zerstören wollte.

Inspiriert durch den US-Spionage Act, der das Whistleblowing kriminalisieren soll

Im Dezember 2023 trat nach 18-monatiger Bearbeitung durch parlamentarische Verfahren der British National Security Act [in Kraft](#). Unter der Aegie, Großbritannien vor der Bedrohung durch Spionage und Sabotage durch feindliche Akteure im In- und Ausland zu schützen, führt das Gesetz eine Reihe völlig neuer Straftaten mit strengen Strafen ein - und weitreichende Konsequenzen für die Meinungsfreiheit. In der Tat sind die Begriffe des Gesetzes so weit gefasst, dass Individuen fast unvermeidlich das Gesetz brechen werden, ohne es zu wollen, zu beabsichtigen oder sogar zu wissen.

Da bisher niemand nach dem Gesetz strafrechtlich verfolgt wurde, bleiben seine vollständigen Auswirkungen unklar. Londons Sicherheits- und Geheimdienstapparat genießt jedoch jetzt

weitreichende Befugnisse, um zu überwachen, was über die Aktivitäten der britischen Regierung im Ausland gesagt werden kann.

Angesichts der beängstigenden Auswirkungen des Gesetzes sollten britische Journalisten, Presserechtsgruppen und Organisationen der bürgerlichen Freiheiten in den Armen sein. Dennoch fehlte in der Mainstream-Veröffentlichung in verschiedenen Phasen der Debatte im Parlament weitgehend ernsthafte Kritik an dem Gesetz.

Die Prüfung des Anti-Freisprechgesetzes wurde fast ausschließlich unabhängigen Journalisten wie [Mohamed Elmaazi](#) überlassen. Elmaazi schrieb für Consortium News im [Juli 2022](#), dass es "viele Elemente" mit Washingtons "drakonischem 1917-Spionagegesetz" teilt, das derzeit zur Verfolgung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange verwendet wird.

"Whistleblower, Journalisten und Verleger, die sich auf Fragen der nationalen Sicherheit konzentrieren, könnten am stärksten gefährdet sein, strafrechtlich verfolgt zu werden", warnte Elmaazi.

Der britische Gesetzgeber zitierte WikiLeaks in mehreren parlamentarischen Debatten über das Gesetz ausdrücklich. Das Motiv hinter dem Gesetz, so bestanden sie darauf, war es, "unerlaubte Offenlegungen" von jeder Person oder Organisation jemals wieder zu [verhindern und abzuschrecken](#). Auf dem Weg dorthin verleumdeten sie wiederholt WikiLeaks-Gründer Julian Assange und plapperten die nachweislich falsche Erzählung nach, dass WikiLeaks' Aufdeckung westlicher Kriegsverbrechen unschuldige Leben bedrohte.

Zum Beispiel fragte eine konservative Parlamentarierin während

einer Debatte im Unterhaus im [Juni 2022](#) die Schatten-Innenministerin der Labour Party, Yvette Cooper, ob sie "das WikiLeaks-Typ-Massendumping von Informationen in der Öffentlichkeit" verurteilte. Sie brandmarkten solche Aktivitäten als "enorm unverantwortlich", da sie "Leben gefährden können". Cooper antwortete, dass sie solche Aktivitäten "stark" verurteilte:

„Einige der Beispiele für solche Lecks, die wir gesehen haben, gefährden das Leben von Agenten, gefährden wichtige Teile unserer nationalen Sicherheits- und Geheimdienstinfrastruktur und sind höchst unverantwortlich. Wir brauchen Schutzmaßnahmen, um uns vor solchen schädlichen Auswirkungen auf unsere nationale Sicherheit zu schützen.“

Tatsächlich kam ein durchgesickerter [Pentagon-Bericht](#) von 2011 zu dem Schluss, dass es "keine signifikanten "strategischen Auswirkungen" auf die Veröffentlichung des Afghanistan-Kriegstagebuchs oder der Irak-Kriegsprotokolle von WikiLeaks gab, die Assange von der damaligen US-Soldatin Chelsea Manning zur Verfügung gestellt wurden. Während Mannings anschließendem Prozess waren US-Regierungsanwälte [gezwungen zuzugeben](#), dass niemand durch ihre Enthüllungen in irgendeiner Weise verletzt worden war. Die Staatsanwaltschaft [räumte](#) diese Feststellung während Assanges erstem Auslieferungsverfahren im Februar 2020 . Eine zentrale Säule des britischen Staatsfalls für das Nationale Sicherheitsgesetz beruht daher auf Lügen.

In Wirklichkeit entwickelte die britische Regierung ihren Rachefeldzug gegen Wikileaks, nachdem sie wiederholt für ihre eigenen Menschenrechtsverletzungen und die Tötung unschuldiger Zivilisten aufgedeckt wurde.

Eine laufende Untersuchung hat eine [BBC-Untersuchung](#) bestätigt, die ergab, dass eine "SAS-Staffel 54 Menschen unter verdächtigen Umständen auf einer sechsmonatigen Tour getötet hat", dann gefälschte Beweise, um sie als bewaffnete Aufständische zu beschuldigen.

Im Februar 2011, nach der Tötung von acht unbewaffneten afghanischen Zivilisten durch die britischen Spezialkräfte bei einem Überfall, [schrieb](#) ein Offizier privat [an](#) einen [anderen](#): "Während Mord und die [SAS] oft regelmäßige Bettgenossen waren, beginnt dies Knochen zu sehen!" Sein Kollege antwortete: "Ich finde es deprimierend, dass [sic] dazu gekommen ist ... Letztendlich ein massives Versagen der Führung ... und wenn die nächsten Wikileaks auftreten, dann werden wir mit ihnen nach unten gezogen werden."

Act, das speziell dazu bestimmt ist, WikiLeaks zu kriminalisieren, bedroht Whistleblower

Während der Debatte im Unterhaus 2022 leitete der skonservative Abgeordnete Sir Robert Buckland die Anklage gegen WikiLeaks. Buckland, der in seiner früheren Rolle als für "die Wahrung Rechtsstaatlichkeit und Schutz Unabhängigkeit war, argumentierte, dass das Nationale Sicherheitsgesetz ein wichtiges Instrument sei, um "diejenigen wie Julian Assange zu verfolgen, die Daten auf eine Weise entsorgen, die keine Rücksicht auf die Sicherheit von Agenten und anderen betroffenen Menschen hat". Später bemerkte er: "Keiner von uns [im Parlament] will Julian Assange und seine Art hier tragen sehen."

Der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs äußerte eine ganz andere Ansicht, als er 2018 in einer einstimmigen

Entscheidung [feststellte](#), dass von WikiLeaks veröffentlichte Kabel als Beweismittel in Gerichtsverfahren zulässig sind.

Ein anderer ritteriger konservativer Abgeordneter, Sir John Hayes, wies Vorschläge zurück, dass das Nationale Sicherheitsgesetz legitime journalistische Aktivitäten beeinflussen könnte, und argumentierte, dass es nur auf "eine WikiLeaks-ähnliche Enthüllung abzielen würde, die von einem Hüter der Freiheit oder einem solchen anderen Unsinn verkleidet ist". Dennoch räumte er ein, dass, während diejenigen, die in erster Linie von der Gesetzgebung bedroht sind, diejenigen sind, die "direkt für eine ausländische Macht arbeiten", ihre Ziele auch diejenigen umfassen könnten, die nicht "direkt für eine ausländische Macht arbeiten, aber ... *könnten* [Hervorhebung hinzugefügt] eine ausländische Macht unterstützen oder indirekt für eine solche ausländische Macht handeln. "

Ähnlich spekulative, vage Sprache ist während des gesamten Gesetzes im Überfluss vorhanden, die [jeden kriminalisiert](#), der "kopiert", "behält", "offenlegt", "vertreibt" oder "Zugang zu" geschützten Informationen bietet, wenn die Machtbedingung" erfüllt ist. "Geschützte Informationen" sind als Material definiert, das "in irgendeiner Weise eingeschränkt" ist, oder als Material, das "zu erwarten ist" in irgendeiner Weise eingeschränkt wäre.

Diejenigen, die für schuldig befunden werden, solche Informationen zu teilen oder zu veröffentlichen, drohen Strafen, die von harten Geldstrafen bis hin zu lebenslanger Haft reichen. Ob die geschützten Informationen direkt an sie weitergegeben wurden oder sie einfach zufällig darauf stießen, ist aus der Sicht des britischen Staates irrelevant.

Noch beunruhigender ist die Verweigerung der Verteidigung von "öffentlichen Interessen" durch das Gesetz für diejenigen, die geschützte Informationen preisgeben. Eine Handvoll britischer Abgeordneter, die während der Parlamentsdebatte im Juni 2022 anwesend waren, [äußerten Angst](#) vor diesem Vorbehalt, nur um von Sicherheits- und Grenzminister Damian Hinds aggressiv zurückgewiesen zu werden. Hinds behauptete, dass eine solche Bestimmung "ohne Zweifel zu mehr unbefugten Offenlegungen führen würde".

Er bestand dann darauf: „Es ist unmöglich für [einen Whistleblower], das vollständige Bild davon zu haben, welcher Schaden aus ihrer Enthüllung kommen könnte. Dieser Punkt kann von Menschen ausgenutzt werden, die böswillige Absichten haben.“

Zwei weitere Straftaten, die durch das Gesetz entstanden [sind, beziehen sich auf](#) "die Erlangung materieller Vorteile eines ausländischen Geheimdienstes". Wenn also ein britischer Staatsbürger innerhalb oder außerhalb des Landes "einen materiellen Vorteil erhält, akzeptiert oder zustimmt" von einer ausländischen Regierung, "in Fällen, in denen es keine legitime Grundlage für diese Leistung gibt", kann sie eine maximale Haftstrafe von 14 Jahren erwarten. Wenn sie einen "materiellen Vorteil" akzeptieren, der sich nicht wirklich materialisiert, könnten sie immer noch für bis zu einem Jahrzehnt inhaftiert werden.

In einem offiziellen [Faktenblatt](#) gibt die britische Regierung zu dass diese Straftaten die Bürger ausdrücklich bestrafen wenn es "schwierig ist zu beweisen, dass sie "ein Spionagevergehen begangen" haben. Die Regierung räumt ebenfalls ein, dass es "nicht möglich ist, einen Zusammenhang zwischen [a] Leistung

und dem, was die Person im Gegenzug getan hat - oder zu tun erwartet hat, zu beweisen".

Wie das Dokument feststellt, "können materielle Vorteile finanzielle Vorteile, alles, was das Potenzial hat, zu einem finanziellen Vorteil zu führen, und Informationen umfassen." Diese Vorteile "können direkt oder indirekt erbracht werden."

Diese beunruhigend breite Definition erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass britische Bürger das Gesetz brechen könnten, ohne es zu beabsichtigen. Würde das Lesen eines Beitrags von einem anonymen Social-Media-Account, der im Geheimen von einem „feindlichen“ Zustand verwaltet wird, als „Informationseingang“ und damit als „wesentlicher Nutzen“ eingestuft?

Jetzt haben die britischen Behörden mehr als je zuvor die Macht, Bürger und Besucher gleichermaßen wegen des bloßen Verdachts auf ihre Gefahr festzuhalten, die nationalen Sicherheitsanforderungen vage zu definieren. Nach dem National Security Act „ist es nicht notwendig, einen bestimmten ausländischen Geheimdienst zu identifizieren“, um britische Staatsbürger für den Erhalt „materialer Vorteile“ von „feindlichen“ Staaten zu verfolgen.

Mit anderen Worten, sollten die Behörden in London nur vermuten, dass jemand in irgendeiner Weise davon profitieren könnte, "Informationen" zu besitzen, die ihm durch eine unbekannte "ausländische" Macht zur Verfügung gestellt wurden, dass sie möglicherweise im Internet gestolpert sind oder auf die eine oder andere Weise ohne ihre ausdrückliche Anfrage oder Zustimmung zur Verfügung gestellt wurden, könnten sie als Krimineller

gebrandmarkt und weggesperrt werden.

Britische Journalisten sind autoritärer als je zuvor konformer

Die Kampagne des britischen Staates, abweichende Stimmen zu mundtot zu machen, stützt sich auf Londons Betrieb eines wenig bekannten, aber verheerend wirksamen Zensurmechanismus, der als Defense and Security Media Advisory (DSMA) Committee bekannt ist.

Bestehend aus Vertretern des Sicherheits- und Geheimdienstes, Militärveteranen, hochrangigen Regierungsbeamten, Presseverbandschefs, Redakteuren und Journalisten, bestimmt das Komitee hinter verschlossenen Türen, welche Fragen der nationalen Sicherheit von der Presse abgedeckt werden können und in welcher Weise.

Gelegentlich gibt der Ausschuss sogenannte „D-Notizen“ heraus. Theoretisch handelt es sich um freiwillige Anfragen an Nachrichtenagenturen, keine bestimmten Informationen zu übermitteln oder als schädlich für die nationale Sicherheit geltende Angaben zu unterlassen. Obwohl die Empfänger gesetzlich nicht zur Einhaltung verpflichtet sind, sind sie sich voll bewusst, dass eine Ablehnung eine Strafverfolgung nach dem Official Secrets Act 1989 bedeuten könnte, insbesondere wenn die fraglichen Informationen aus einer „nicht autorisierten Offenlegung“ resultieren. Alternativ könnte ein beleidigender Journalist einfach auf die schwarze Liste gesetzt werden und den Zugang zu Briefings und privilegierten Informationen von Beamten verlieren, die dann ihre Beschäftigung gefährden würden. Infolgedessen sind Beispiele für Ausgänge, die , nur wenige.

Das DSMA-Komitee schätzt, dass Journalisten freiwillig 80 bis 90 Prozent ihrer Geschichten zur Überprüfung einreichen, wenn sie vermuten, dass die Leiche es für anstößig halten könnte, so das 2016-Buch [The History Thieves](#) des Journalisten Ian Cobain. Im Jahr vor der Veröffentlichung von Cobains Buch [prahlte](#) der stellvertretende Vorsitzende des Komitees damit, dass „im Durchschnitt jeden Arbeitstag ein Journalist das Sekretariat konsultiert“.

Im Jahr 2013, als der Whistleblower Edward Snowden Dokumente durchsickerte, die zeigen, dass das Vereinigte Königreich die Kommunikation ausländischer Diplomaten bei G20-Sitzungen in London heimlich [überwachte](#), unterwarf das Komitee die Enthüllungen umgehend [einer](#) D-Notice. Mit der ungewöhnlichen Ausnahme von The Guardian [befolgten](#) britische Medien die weitgehend.

Der einst feindliche Guardian schwieg jedoch im Oktober 2023, als die DSMA eine D-Mitteilung an große Publikationen [schickte](#), in der sie darum bat, "Sonderkräfte und andere Einheiten, die sich mit Sicherheits-, Geheimdienst- und Anti-Terror-Operationen" in Gaza befassen, nicht zu erwähnen. Die Diskussion über die Angelegenheit ist seitdem weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden, und mit ihr jede Überlegung, ob die SAS - und damit der britische Staat - aktiv am [Völkermord](#) Israels an dem palästinensischen Volk beteiligt ist.

[Das öffentlich zugängliche Protokoll](#) der Sitzung des Ausschusses vom Juni 2023 zeigt, dass die Teilnehmer das National Security Act diskutierten. Der stellvertretende Direktor für nationale Sicherheit, Tom Murphy, versicherte den versammelten Pressevertretern, dass die Gesetzgebung "zum Schutz der

journalistischen Freiheiten" tendierte. Dennoch argumentierte er, dass "eine Verteidigung im öffentlichen Interesse" nicht Teil des Gesetzes sein könnte, da es "unangemessen" sei.

Murphy behauptete dann, die "starke Betonung des Gesetzes ... auf die Bekämpfung der Spionage und ihre ausdrückliche Betonung ausländischer Staaten bedeutete, dass es höchst unwahrscheinlich war, dass ein echter Whistleblower in seinem Netz gefangen sein würde." Aber ein Anwalt der britischen Medienagentur [News Media Association](#), der "ausführlich in Diskussionen über die Ausarbeitung des Gesetzes" involviert war, bat darum, sich zu unterscheiden.

Der Anwalt erklärte, dass die "abschreckende Wirkung" der Gesetzgebung "unvermeidlich" sei, und warnte Journalisten, "vorsichtig zu sein". Der amtierende stellvertretende Vorsitzende des Komitees, der BBC-Direktor für Leitartikelpolitik und Standards David Jordan, äußerte ebenfalls seine Bedenken, dass "die wirkliche Gefahr unbeabsichtigter Konsequenzen besteht".

Offensichtlich räumten sogar einige Mitglieder des Komitees ein, dass die bloße Existenz des Gesetzes dazu dient, britische Journalisten weiter zu würgen, und dass sie es ablehnen werden, Geschichten über den Sicherheitsstaat zu verfolgen, aus Angst, dass die Berichterstattung über öffentliches Interesse sie ins Gefängnis bringen könnte.

In demselben Treffen stellte der stellvertretende Sekretär der DSMA, der pensionierte Marinekapitän Jon Perkins, fest, dass während des Zeitraums von Oktober 2022 bis April 2023 Material von "extremer Sensibilität (in Bezug auf die nationale Sicherheit)" "vor unbeabsichtigter Offenlegung geschützt" worden sei. Dieses

Material war "von der empfindlichsten Natur, die er gesehen hatte", seit er sich dem Körper anschloss.

Während die „Natur“ dieses „Materials“ unerklärt ist, ist es schwer, sich nicht zu fragen, ob Perkins sich auf die Untersuchungsreihe von The Grayzone in genau der gleichen Zeit über Londons geheime, führende Rolle im ukrainischen Stellvertreterkrieg bezog. Diese bahnbrechenden Exposés erhielten enorme internationale Aufmerksamkeit und wurden dementsprechend von großen Medien in jeder Ecke der Welt berichtet - mit Ausnahme von Großbritannien.

Während meines Verhörs durch die britische Anti-Terror-Polizei wurde ich intensiv auf meine Ukraine-bezogenen Ermittlungen für dieses Outlet untersucht. Es scheint auch, dass meine Berichterstattung über eine der berühmtesten – und anscheinend kompromittierten – Medienvertreterinnen unter den britischen Linken meine Inhaftierung ausgelöst hat.

Paul Mason schlägt vor, dass die Grayzone strafrechtlich verfolgt werden soll, weil sie ihn bloßgestellt hat

Im Juni 2022 enthüllte The Grayzone den britischen Reporter Paul Mason für seine Absprache mit einem hochrangigen Geheimdienstoffizier des britischen Außenministeriums in einer geheimen Kampagne, um die britische Antikriegsline als Vehikel für die russische und chinesische Regierung zu brandmarken. Die Veröffentlichung des Materials, das über anonyme Brennerkonten an dieses Outlet gesendet wurde, lag eindeutig im öffentlichen Interesse.

Mason hat inzwischen behauptet, seine E-Mails seien vom

russischen Föderalen Sicherheitsdienst gehackt und verbreitet worden. Im Dezember 2023 [verfasste er](#) einen Kommentar, in dem er behauptete, dass die durchgesickerten E-Mails *may*"eine Mischung aus realen, bearbeiteten, veränderten und gefälschten E-Mails sein können, ohne anzugeben, ob sie es waren und wenn ja, wie.

Mason behauptete, er sei von "einer Cyber-Spionage-Kampagne, die das Funktionieren unserer Demokratie stören soll" und seine "Funktionsfähigkeit" ins Visier genommen, indem er seinen Ruf "zerstört" und seine Arbeit "sabotiert". Nach der fast universellen Weigerung der britischen Medien, über die Ergebnisse von The Grayzone zu berichten, führte Mason ihr Schweigen auf Journalisten zurück, die "das Grundprinzip der Nichtverwendung von Material, das unrechtmäßig erlangt und nicht überprüfbar ist" aufrechterhielten.

Eine alternative Erklärung könnte sein, dass Journalisten von staatlichen Stellen gegen die Berichterstattung über den Skandal gemobbt wurden. Mason scheint zumindest unabhängige Medien erfolgreich dazu gebracht zu haben, zu schweigen, in [einem Fall](#), in Berichten zufolge die Drohung mit Rechtsstreitigkeiten genutzt wird, um eine Veröffentlichung zu erzwingen, um einen Artikel vollständig aus dem Internet zu entfernen. In der Zwischenzeit schickten Anwälte der selbsternannten "Desinformationsexpertin" Emma Briant, die in Masons durchgesickerten E-Mails genannt wurde, bedrohliche Unterlassungsschreiben an The Grayzone, MintPress News und Novara Media.

Mason schloss seinen Kommentar mit der Feststellung, dass "der Staat glücklicherweise dank des National Security Act 2023, dessen vollständige Bestimmungen in diesem Monat in Kraft

treten, bessere Werkzeuge haben wird, um mit solchen Angriffen in Zukunft umzugehen." Er endete mit einer verschleierten Drohung und argumentierte, dass nach dem Gesetz:

"Wenn Sie den Ruf einer Person schädigen oder ihnen drohen oder absichtlich über ihn lügen, und Sie dies absichtlich tun, um eine Einmischungsoperation eines ausländischen Staates zu unterstützen, schauen Sie auf bis zu 10 Jahre Gefängnis ... Diese Befugnisse bleiben vor Gericht ungeprüft. Ich freue mich darauf, dass sie getestet werden."

Zu den vielen Bedingungen, die erfüllt werden müssen, gehören jedoch darin, dass „Falschdarstellungen“ gemacht wurden und dass die Fremdmachtsordnung erfüllt ist.

Vielleicht britische Verleumdungsgesetze und Masons fehlgeleiteter Glaube, dass er irgendeine Glaubwürdigkeit zu bewahren hat, hielten ihn davon ab, offen zu fordern, dass die Mitarbeiter von The Grayzone wegen sachlicher Berichterstattung strafrechtlich verfolgt werden. Aber das war eindeutig seine Implikation.

Zum Glück für uns würde dies erfordern, dass die britischen Behörden den National Security Act rückwirkend anwenden (ex-post facto). Eine solche Aktion ist durch Artikel 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention verboten, der Großbritannien – zumindest vorerst – beigetreten ist.